

Von der Selbstermächtigung zur Autogestion

Seit 2009 streiten zahlreiche Initiativen in Hamburg für ein „Recht auf Stadt“. Der Begriff, 1968 von dem französischen Soziologen Henri Lefebvre geprägt, steht für einen grundlegend neuen Ansatz, eine Stadt zu denken und zu planen. Er ist Ausgangspunkt einer radikalen Kritik an der gegenwärtigen Stadtentwicklung und an der städtischen repräsentativen Demokratie geworden. Diese Kritik ist richtig und notwendig, und sie hat ein Ziel: eine Stadt, die allen gehört. Dazu im Folgenden fünf Thesen.

1. Hamburg hat ein Demokratieproblem.

Dass sich Menschen von „der Politik“ nicht vertreten fühlen, ist kein neues Phänomen. Neu ist das Ausmaß des Unmuts, mit dem sich Bewohner_innen immer wieder Senat und Bezirken widersetzen. Zu oft und zu offensichtlich handeln diese ihre Pläne in Hinterzimmern aus, gerne auch direkt mit potenten Investoren. Öffentlicher Raum wird privatisiert, Leerstand nicht geahndet, Wohnungsbau – an sich dringend benötigt – von oben als Zwangsbeglückung ohne Mitgestaltungsrecht durchgedrückt. Wenn der Unmut der Bewohner_innen zu groß wird, kann der Senat die Planung evozieren, also den Bezirken aus der Hand nehmen, und er macht gerne Gebrauch davon. Die Bezirke sind, wenn es ums Ganze geht, machtlos, und wo sie Gestaltungsspielraum haben, agieren sie ohne Rückbindung an die Bewohner_innen, auf ihr Mandat als gewählte „Volksvertreter_innen“ pochend. Nicht minder kritisch: Die Bauausschüsse der Bezirke tagen nicht-öffentlich, obwohl hier über einen der wichtigsten Vorgänge in einer Stadt überhaupt entschieden wird – die Bebauung von Grund und Boden. Ein nicht unwesentlicher Grund für die Misere ist auch, dass Hamburg eine Einheitsgemeinde ist und die Bezirke keine echten Kommunen sind.

2. Bürgerbeteiligung ist keine Lösung des Demokratieproblems.

Als in den 1960er Jahren Stadtplaner_innen begannen, Bürger_innen zu beteiligen, stand eine zunächst richtige Erkenntnis dahinter: Expert_innen produzieren Fehler, die sich vermeiden ließen, wenn man sich das Wissen der Bewohner_innen frühzeitig zunutze machen würde. Seitdem sind zahlreiche Formate für eine Bürgerbeteiligung entwickelt worden: Planungsworkshops, Runde Tische, Quartiersmanagement, Sanierungsbeiräte, Stadtteilbeiräte. Gemeinsam ist ihnen allen, dass die Bewohner_innen nicht auf Augenhöhe mit den Entscheidenden in der Politik beteiligt sind. Was sie ausarbeiten, ist nicht bindend, es sind Empfehlungen, die falls nötig auch kassiert werden können. Genau das tun Stadt und Bezirke regelmäßig – wenn sie eine echte Beteiligung vorher überhaupt durchgeführt haben. Immer wieder legen sie die Eckwerte einer Planung schon fest, die dann von den Bewohner_innen nur noch ausgeschmückt werden dürfen. Die Neuplanung der Alten Rindermarkthalle auf St. Pauli ist ein Musterbeispiel dafür.

3. Die Bewohner_innen gehen zur Selbstermächtigung über.

Auf die „Dialogbereitschaft“ von Politik und Behörden zu vertrauen, erscheint Bewohner_innen zunehmend sinnlos. Sie nehmen die Dinge in eigene Hände, und beginnen, Stadt selbst zu machen. Sie besetzen ein städtisches Areal wie das Gängeviertel, obwohl es bereits verkauft war. Sie starten eine eigene Planung etwa für das Gelände der Esso-Häuser, dessen Verfall die Behörden tatenlos zugesehen haben, unwillens, den Eigentümer an seine soziale Verpflichtung zu erinnern, die das Grundgesetz immerhin anmahnt. Sie organisieren eine Stadtteilversammlung wie kürzlich auf St. Pauli, weil sie sich durch den Bezirk Mitte nicht mehr vertreten fühlen. Sie solidarisieren sich mit den Lampedusa-Flüchtlingen – auch sie gehören zu den Bewohner_innen dieser Stadt! – und unterstützen sie, weil sie das Asylrecht menschenverachtend finden und seine Praxis nicht länger hinnehmen wollen. In Hamburg, und nicht nur dort, ist etwas in Bewegung gekommen.

4. Die Selbstermächtigung muss in eine organisierte Selbstverwaltung münden.

So beeindruckend die bisherigen Fälle von Selbstermächtigung auch sind, laufen sie doch immer Gefahr, im Namen des Rechtsstaats niedergerungen zu werden. Die Innenbehörde ist dabei nicht zimperlich: Das Ausmaß des Gefahrengebiets vom Januar 2014 zeigt, dass Politik in Hamburg mit immer drastischeren polizeilichen Mitteln gemacht wird. Die Polizei auf ihre Kernaufgaben zurückzustutzen und durch demokratische Institutionen strikt zu kontrollieren, greift jedoch zu kurz. Es ist die städtische Demokratie selbst, die eine neue Form braucht: In ihr sind die Bewohner_innen die zentralen Akteur_innen, die über die Stadt entscheiden. Die Behörden sind ihnen verantwortlich und zu maximaler Transparenz verpflichtet, und sie exekutieren – im Sinne des Wortes – das, was die Bewohner_innen ihnen vorgeben.

5. Städtische Demokratie wird zur „Autogestion généralisée“.

Die neue Form der Demokratie kann keine plebiszitäre sein. Volksentscheide verengen politische Entscheidungen auf Ja/Nein-Fragen und sind anfällig für eine mediale Manipulation seitens wirtschaftlich potenter Milieus. Die neue Form der Demokratie ist eine „Autogestion généralisée“, wie sie etwa Henri Lefebvre gefordert hat: eine allgemeine Selbstverwaltung der Bewohner_innen. Konkret könnte das für Hamburg folgendes heißen: Die 104 Stadtteile bekommen jeweils eine eigene Stadtteilversammlung, die offen für alle Bewohner_innen ist und über Fragen der unmittelbaren Planung im Stadtteil entscheidet. Die Versammlungen verfügen über ein eigenes Versammlungshaus sowie über mehrere Anlaufstellen – nennen wir sie für den Augenblick Stadtteilläden – in denen die Bewohner_innen sich selbst schlauer machen und Dinge des Alltags regeln. Beide, Versammlungen und Stadtteilläden, werden mit einem ausreichenden eigenen Budget ausgestattet. Die Stadtteilversammlungen entsenden Delegierte mit „imperativem“, also bindendem Mandat in ihre jeweilige Bezirksversammlung. In dieser werden Planungsfragen entschieden, die über den jeweiligen Stadtteil hinausgehen, und dort erfolgt auch die Kontrolle der Bezirksbehörden. Die Einheitsgemeinde wird abgeschafft, die Bezirke werden in echte Kommunen umgewandelt. Regiert wird nicht mehr von oben nach unten, sondern von unten nach oben. Dass dieses Konzept dem traditionellen Hamburger Selbstverständnis als Bürgerstadt zuwiderläuft, ist klar. Aber der Geist ist aus der Flasche, nicht nur in Hamburg: Die Zeichen stehen in vielen Städten in aller Welt wieder auf „Autogestion“. Sie verhindern zu wollen, ist eine rückwärtsgewandte Politik, die für die Zukunft nicht taugt.